

Der Aufräumkrimi hat eine neues Kapitel: In USA leben die ältesten Menschen

geschrieben von Andreas Demmig | 21. Februar 2025

Von Jo Nova

„DOGE kann nicht gestoppt werden, weil es ein sehr technisches Team ist.“

Elon Musk twittert das Alter der Sozialhilfeempfänger in den USA. : Es gibt etwa vier Millionen Menschen, die 150 Jahre alt sind, und zwei Menschen, die noch immer Sozialleistungen beziehen, obwohl sie schon vor der Verfassung existierten.

Bergbau, Leute, Bergbau!

geschrieben von Chris Frey | 21. Februar 2025

[Paul Driessen](#)

Die Erkundung von Bodenschätzen im Westen der USA und in Alaska ist der Schlüssel zu Verteidigung, Sicherheit und Wiederaufschwung Amerikas.

Präsident Trump ist entschlossen, Amerika nicht nur energieautark, sondern auch energieführend zu machen. Die USA **fördern** bereits mehr Öl und Gas als jede andere Nation, und er will das gesamte Potenzial ausschöpfen – für Energie und für petrochemische Rohstoffe für mehr als 6000 Arzneimittel, Kunststoffe, Farben, Textilien, Kosmetika und andere Produkte. Wie er es ausdrückt: „Bohren, Leute, bohren!“

Reichlich vorhandene, zuverlässige und erschwingliche Energie ist das Lebenselixier der modernen Industriegesellschaften. Aber sie brauchen auch Hunderte von Metallen und Mineralien, denn ohne sie kann nichts hergestellt oder angebaut werden, und ohne sie können keine Brunnen gebohrt werden. Aus diesem Grund hat der Präsident auch ähnliche Initiativen für diese Schatzkammern in Alaska und den Lower 48 gestartet.

Der Aufruf zum Handeln lautet „Bergbau, Leute, Bergbau!“ und davor „Erkunden, Leute, erkunden!“

Die Steinzeit endete nicht, weil unseren Vorfahren die Steine ausgingen, und die Bronzezeit nicht, weil die Kupfervorräte erschöpft waren. Sie

endeten, weil die Gesellschaften bessere, stärkere und haltbarere Waffen und Güter brauchten – und die Erfinder entdeckten Eisenersatzstoffe, Eisenvorkommen und Techniken zur Umwandlung von Erzen in Fertigprodukte.

In der Tat erforderte jeder technologische Wandel in der Geschichte die Entdeckung und den Abbau von zuvor unbekanntem und nicht benötigten Metall- und Mineralvorkommen, die plötzlich für den Fortschritt unverzichtbar wurden.

Die 47. [Durchführungsverordnung](#) von Trump für Bohrungen und Bergbau – die Beendigung der Vorschriften, Subventionen und Programme für Offshore-Windkraft, Green New Deal und Elektrofahrzeuge – wird der Bedarf an Millionen von Tonnen Kupfer, Stahl, Kobalt, Lithium, seltenen Erden und anderen Materialien drastisch sinken. Jedoch wird der Bedarf weiterhin bestehen bleiben.

Aber jetzt kann Amerika einfach mehr Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke bauen – anstelle von 10.000 Windturbinen und 10.000.000 Sonnenkollektoren, die von Generatoren für fossile Brennstoffe unterstützt werden ... oder von riesigen Batterielagern wie dem, das kürzlich in Kalifornien [Schauplatz](#) einer weiteren [Brandkatastrophe](#) wurde.

Die rasante Entwicklung in den Bereichen Server, künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt, Militär und anderen Technologien bedeutet jedoch, dass wir auch heute noch Materialien finden und produzieren müssen, von denen bis vor kurzem fast niemand je etwas abgebaut oder auch nur gehört hat: Seltene Erden, Kobalt, Lithium und zahlreiche andere wichtige strategische [Mineralien](#).

China [kontrolliert](#) 60 % der weltweiten Produktion von Seltenen Erden und verarbeitet 90 % davon – einschließlich Erzen, die in den USA und anderen Ländern abgebaut werden. China [kontrolliert](#) auch die Produktion und Verarbeitung von Kobalt und Lithium sowie fast das gesamte verarbeitete [Graphit](#), das in Lithium-Ionen-Batterien für Mobiltelefone, Elektrofahrzeuge und Netzersatzbatterien verwendet wird.

Das bedeutet, dass die Vereinigten Staaten bei zahlreichen Technologien von diesem gegnerischen Land abhängig sind. Selbst für die [Ausrüstung](#) der Navy SEALs werden mehr als 20 Mineralien benötigt, die zu mindestens 50 % importiert werden, viele davon aus China.

Diese unhaltbare Situation wurde im vergangenen Dezember unterstrichen, als China die Ausfuhr von Antimon, Gallium und Germanium insbesondere in die Vereinigten Staaten stark [einschränkte](#), sind diese doch für zivile und militärische Technologien unerlässlich. Das Reich der Mitte könnte noch viele weitere derartige Ausfuhren blockieren und die Exporte als Waffe der Diplomatie, der Erpressung oder des Krieges einsetzen.

Auch aus geologischer Sicht macht die Situation keinen Sinn. Die plattentektonische und geologische Geschichte Alaskas und insbesondere

der westlichen Bundesstaaten hat Amerika mit zahllosen, oft riesigen Vorkommen von Metallen und Mineralien quer durch das [Periodensystem](#) der Elemente gesegnet. Einige sind bereits bekannt, während andere erst noch entdeckt, kartiert oder erschlossen werden müssen, um den sich ändernden, wachsenden und zunehmend strategischen [Bedürfnissen](#) gerecht zu werden.

Selbst im [Wilderness Act](#) aus dem Jahr 1964 wurde dies erkannt. Abschnitt 2 erlaubt Schürfungen, um Informationen über Bodenschätze zu sammeln, und schreibt „geplante, wiederkehrende“ Untersuchungen von Bodenschätzen vor, wenn diese Aktivitäten in einer Weise durchgeführt werden, die mit der Erhaltung der „Umwelt der Wildnis“ vereinbar ist. Es gibt kein „Enddatum“ für diese Arbeiten.

Abschnitt 3 erlaubte bis zum 31. Dezember 1983 um Mitternacht Bergbauansprüche und die Verpachtung von Mineralien, Exploration, Bohrungen, Straßen, Produktion, mechanisierte Ausrüstung und andere notwendige Tätigkeiten und Einrichtungen. Die einzige Bedingung war, dass beeinträchtigte Gebiete nach Beendigung des Mineralienabbaus „so weit wie möglich“ saniert und wiederhergestellt werden sollten.

Die Bundesbürokraten ignorierten jedoch diesen eindeutigen Wortlaut und blockierten, behinderten oder untersagten alle Anträge auf Genehmigungen für derartige Arbeiten, einschließlich wiederkehrender staatlicher Mineralienuntersuchungen und -bewertungen.

Der Kommentar des stellvertretenden Landwirtschaftsministers Rupert Cutler an mich im Jahr 1978 bringt diese Haltung auf den Punkt, damals wie heute. „Ich glaube nicht, dass der Kongress diese Bestimmung hätte verabschieden sollen“, sagte er. „Aber der Kongress hat sie erlassen, und Sie sind durch Ihren Amtseid verpflichtet, das Gesetz so zu befolgen, wie es geschrieben wurde, und nicht so, wie Sie meinen, dass es hätte geschrieben werden sollen“, antwortete ich. Dr. Cutler ging einfach weg.

Mehrere Generationen von Landverwaltern auf Bundesebene haben – im Einvernehmen mit Naturschützern, Gerichten, Präsidenten und Gesetzgebern – selbst minimal eingreifende Erkundungen in riesigen Wildnisgebieten, Wildnisstudiengebieten, Schutzgebieten für Wildtiere, Antiquities Act und sogar in nicht ausgewiesenen Wäldern, Wüsten und Grasländern verboten oder stark eingeschränkt – ungeachtet kritischer nationaler Bedürfnisse oder klarer gesetzlicher Bestimmungen.

Nationalparks sollten tabu sein, in den meisten Fällen diese anderen Gebiete jedoch nicht.

Bis 1994, als ich an der Vorbereitung der vielleicht letzten detaillierten Analyse mitwirkte, war die Exploration und Erschließung von Mineralien in Gebieten verboten worden, die so groß sind wie Arizona, Colorado, Montana, New Mexico, Utah und Wyoming zusammen. Das sind 420 Millionen Acres – 19 % der USA; 66 % aller

staatlichen/öffentlichen Flächen.

Die Situation hat sich „schrittweise“ verschlechtert, obwohl die durch Plattentektonik, Vulkanismus und andere Kräfte ausgelösten Prozesse einige der am stärksten mineralisierten Lagerstätten Nordamerikas und der Welt geschaffen haben.

Gesetzgeber, Aufsichtsbehörden, Richter und Aktivisten auf Landes- und Kommunalebene haben nicht-staatliche Gebiete auf die gleiche Weise behandelt. Sogar Lagerstätten von Weltrang wurden aus fragwürdigen Gründen vernichtet.

Das kann so nicht weitergehen. Diese Gebiete müssen von staatlichen Stellen und privaten Unternehmen untersucht und erforscht werden. Lebenswichtige und qualitativ hochwertige Vorkommen müssen für den Bergbau zur Verfügung gestellt werden, und zwar unter Einhaltung solider Umweltpinzipien, um die Bedürfnisse heutiger und künftiger Generationen zu erfüllen.

Wird dies nicht getan, so verstößt dies gegen die grundlegendsten Prinzipien der Landesverteidigung, der nationalen Sicherheit, einer verantwortungsvollen Regierung und gesellschaftlicher Bedürfnisse.

Die [Pebble-Mine](#) in Alaska verfügt über schätzungsweise 55 Millionen Tonnen Kupfererz, 3,3 Milliarden Tonnen Molybdän und andere Metalle, die für Windturbinen, Solarpaneele, Elektrofahrzeuge und andere Technologien benötigt werden; dennoch lehnte Bidens EPA Genehmigungsanträge ab, noch bevor Bergbaupläne eingereicht wurden. Andere Weltklasse-Vorkommen an Kupfer, Kobalt, Zink, Titan, Gold, Silber, Zink und anderen Metallen in Alaska befinden sich ebenfalls in der Schwebe.

Biden-Beamte haben auch die Bergbaugenehmigungen für die weltgrößte [Kupfer-Nickel-Lagerstätte](#) in Minnesota rückgängig gemacht, und Präsident Biden selbst hat den gesamten Bergbau auf 225.000 Acres im Kupfer-Gürtel des Staates verboten.

Das Schicksal des Kings Mountain Lithiumvorkommens (möglicherweise 5.000.000 Tonnen Li) in North Carolina ist ebenfalls ungewiss, ebenso wie das vieler anderer hervorragender Lagerstätten, obwohl moderne US-Gesetze und -Technologien weitaus bessere Umweltpinzipien gewährleisten würden als anderswo auf der Welt.

Einige Bedenken sind sicherlich berechtigt, andere übertrieben, wieder andere reflektieren die Entschlossenheit, den Bergbau überall in den USA zu blockieren oder gar Amerika und den Westen zu de-entwickeln und zu deindustrialisieren. Umwelt- und andere Erwägungen müssen jedoch immer gegen den Bedarf an wichtigen Metallen, Mineralien und Energie abgewogen werden, um moderne Gesellschaften und Lebensstandards aufrechtzuerhalten. Um Amerika wieder groß zu machen – und um den heutigen nationalen Sicherheitsbedrohungen und -bedürfnissen gerecht zu werden – ist es notwendig, die Perspektiven, die Politik und die Gesetze

auf Bundes- und Staatsebene zu ändern, um dies zu erkennen. Das ist eine einfache Frage der Realität und des gesunden Menschenverstands.

Link: <https://cornwallalliance.org/mine-baby-mine/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Deutliches „NEIN“ der Öffentlichkeit zu einer 9-Milliarden-Dollar-Pipeline zur CO₂-Abscheidung aus 57 Ethanolanlagen in fünf US-Staaten

geschrieben von Chris Frey | 21. Februar 2025

Makenzie Huber von South Dakota Searchlight via [ESG University](#).

Hunderte Menschen, darunter viele Gegner einer Kohlendioxid-Pipeline, füllten am Mittwochabend das Auditorium des Southeast Technical College für eine Anhörung der staatlichen Public Utilities Commission zu einem zweiten Versuch von Summit Carbon Solutions, eine Genehmigung für das Projekt zu erhalten (siehe Bild oben)

„Wir wissen, dass dies ein unglaublich wichtiges Thema für Sie ist“, sagte Kommissar Gary Hanson zu Beginn der dreistündigen Sitzung. „Wir sind heute hier, um zu lernen und zuzuhören, und wir schätzen es, dass jeder von Ihnen heute bei uns ist, um uns seine Meinung mitzuteilen.“

Das in Iowa ansässige Unternehmen plant eine [9-Milliarden-Dollar-Pipeline](#) mit einer Länge von 4000 km, um Kohlendioxid aus 57 Ethanolanlagen in fünf Bundesstaaten einschließlich des östlichen South Dakota abzuscheiden und zur unterirdischen [Lagerung](#) nach North Dakota zu leiten. Das Projekt würde von bundesstaatlichen Steuergutschriften [profitieren](#), die Anreize für die Vermeidung von Wärme speichernden Kohlendioxid-Emissionen bieten.

Die Kommission [lehnte](#) den ersten Genehmigungsantrag von Summit im Jahr 2023 ab, unter anderem wegen Konflikten zwischen der Pipelinetrasse und lokalen Verordnungen, die Mindestabstände zwischen Pipelines und bestehenden Gebäuden vorschreiben.

Das Projekt verfügt über eine Speichergenehmigung in North Dakota und Trassengenehmigungen in North Dakota, Iowa und Minnesota, während es in

Nebraska kein staatliches Genehmigungsverfahren für Kohlenstoffpipelines gibt. Das Projekt wird außerdem von Gegnern in mehreren Bundesstaaten angefochten.

Die Sitzung in Sioux Falls richtete sich an die Einwohner der Bezirke Minnehaha, Lincoln, Turner und Union. Eine weitere [Sitzung](#) der Kommission fand am Vormittag in Mitchell statt.

Die meisten Anwesenden sprachen sich am Mittwoch gegen die Pipeline aus – was durch den Applaus deutlich wurde, der den Raum oft erfüllte, nachdem die Gegner gesprochen hatten. Diese Gegner wiederholten in erster Linie ihre Bedenken hinsichtlich der Sicherheit und der Auswirkungen auf das von der geplanten Pipelinetrasse betroffene Ackerland, die bereits bei dem ersten Versuch des Unternehmens vorgebracht worden waren, um eine Genehmigung zu erhalten.

Die Gegner sprachen sich auch gegen Bestrebungen aus, die Pipeline als „common carrier“ zu bezeichnen, was eine Enteignung zur Durchsetzung des Projekts ermöglichen würde. Der Oberste [Gerichtshof](#) von South Dakota hat im vergangenen Jahr entschieden, dass die Pipeline noch nicht bewiesen hat, dass man es gestatten sollte, privates Land für öffentliche Zwecke zu nutzen. Der Oberste Gerichtshof verwies den Fall zurück an eine untere Instanz, wo das Unternehmen nun versucht, seine Argumente zu belegen.

In der Zwischenzeit haben einige Gesetzgeber des Bundesstaates einen [Gesetzesentwurf](#) eingebracht, der die Enteignung von Kohlepipelines verbietet.

Betty Strom, deren Grundstück von der Pipeline durchquert werden würde sagte, dass die Pipeline eine „ewige Gefahr für mein Land“ darstellen würde.

„Summit geht es nur um die Steuergutschriften. Sie scheren sich nicht um Eigentumsrechte, Sicherheit, die Beschädigung von Eigentum, dessen Wert oder die langfristigen Folgen“, sagte Strom. „Bitte verweigern Sie diese Genehmigung erneut.“

Vertreter von Summit erläuterten, warum die Route ausgewählt wurde, sowie die Sicherheitsvorschriften und -standards für die Pipeline.

In einem Flugblatt erklärte Summit, dass das Projekt in South Dakota Investitionen in Höhe von 1,9 Milliarden Dollar nach sich ziehen, während des Baus der Pipeline 3000 Arbeitsplätze schaffen, 260 davon jährlich.

Die Befürworter des Projekts sagten, dass die Umsetzung des Projekts wirtschaftliche Chancen für South Dakota bieten würde.

Al Giese, ein Landwirt aus Iowa, Vorstandsmitglied der Iowa Renewable Fuels Association und Inhaber eines in South Dakota tätigen

Futtermittel- und Speditionsunternehmens sagte vor der Kommission, dass der „Zug der Kohlenstoff-Abscheidung auf lokaler und nationaler Ebene abgefahren ist“.

„Ja, das ist ein Problem von South Dakota. Es ist ein Problem des Mittleren Westens. Aber wir müssen die Kohlenstoffbindung vorantreiben, nicht nur für die Vitalität des Agrarsektors, sondern für alle Volkswirtschaften in den Staaten des Mittleren Westens“, sagte Giese. „Es gibt keine andere Möglichkeit, dies zu tun.“

Makenzie Huber is a lifelong South Dakotan who regularly reports on the intersection of politics and policy with health, education, social services and Indigenous affairs. Her work with South Dakota Searchlight earned her the title of South Dakota's Outstanding Young Journalist in 2024, and she was a 2024 finalist for the national Livingston Awards.

South Dakota Searchlight is part of [States Newsroom](#), the nation's largest state-focused nonprofit news organization.

ESG University republishes their articles, features and stories online and/or in print under [Creative Commons license](#) CC BY-NC-ND 4.0.

Link:

<https://wattsupwiththat.com/2025/02/18/the-public-gives-a-big-no-to-9-billion-pipeline-to-capture-co2-from-57-ethanol-plants-across-five-states/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE

Kurzbeiträge zu neuen Forschungsergebnissen – Ausgabe 6 / 2025

geschrieben von Chris Frey | 21. Februar 2025

Meldung vom 13. Februar 2025:

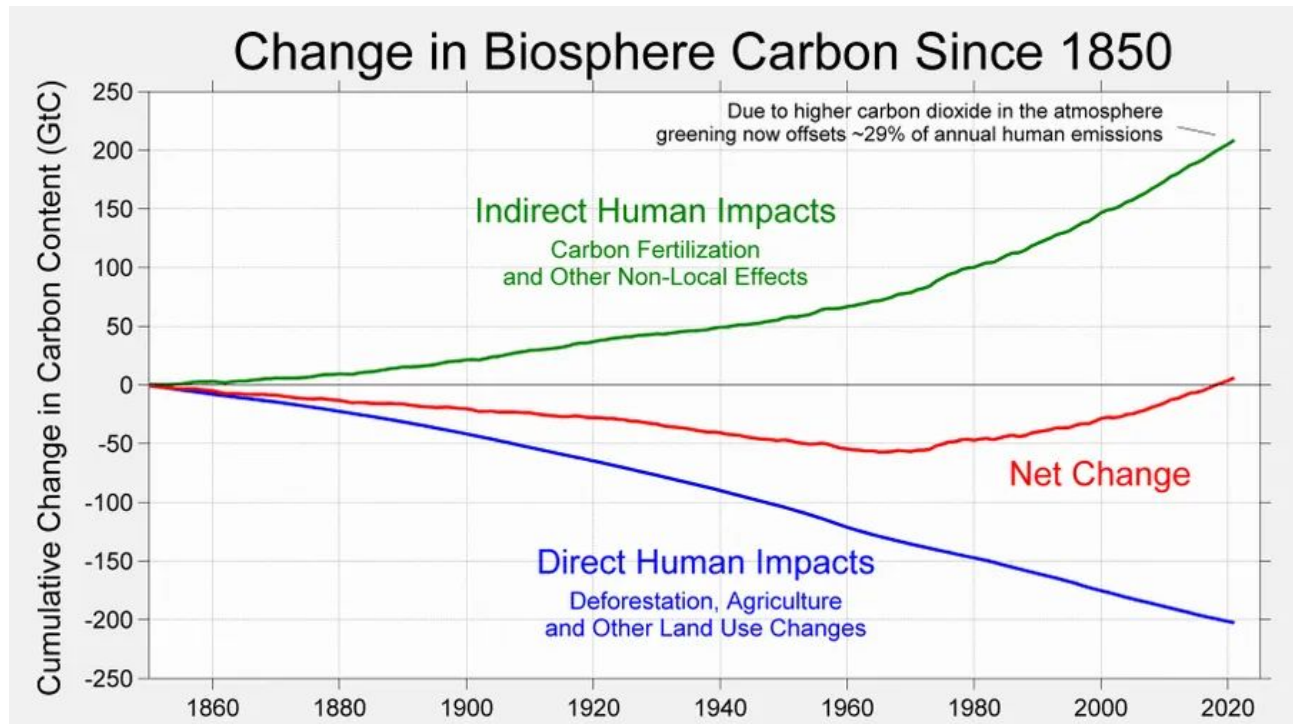
CO₂-Düngung gleicht menschliche Abholzung aus

Das Märchen der Panikmacher entpuppt sich immer mehr als falsch. Den Daten zufolge kehrt die CO₂-Düngung die Auswirkungen der menschlichen Entwaldung um und macht den Planeten grüner statt ihn zu zerstören.

Im Laufe der Jahrhunderte haben Abholzung und Landnutzung den

Kohlenstoffgehalt der Biosphäre verringert. Klimaaktivisten betonen dies und bezeichnen es als unabwendbare Katastrophe, aber sie ignorieren die CO₂-Düngung – als der Kohlendioxidgehalt stieg, gedieh die Pflanzenwelt mit ihm.

Bis zum Jahr 2020 wurden die Verluste wieder ausgeglichen, und es kam zu einer positiven Entwicklung:



Wie immer verkennen die Klimamodelle die Selbstregulierung der Erde. Mutter Natur ist nicht zerbrechlich, sie hat schon viel Schlimmeres ertragen müssen als uns Menschen.

CO₂ wird als umweltschädliches Gift abgestempelt, um drakonische Politiken voranzutreiben, mehr nicht. Daten und Logik zeigen, dass CO₂ für das Leben unerlässlich ist, und je mehr davon, desto besser. Ein höherer CO₂-Gehalt ist positiv.

[Hervorhebung im Original]

Link:

https://electroverse.substack.com/p/big-gains-on-greenland-antarctic?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 14. Februar 2025:

Das Klima-Geschäft bricht zusammen

Vom „Klimawandel“, der im deutschen Wahlkampf in den Hintergrund gerückt ist (sogar bei den Grünen), bis hin zur Demontage der Umweltpolitik in

den USA: Das Klimageschäft fällt auseinander – und das wird auch höchste Zeit.

Was Letzteres betrifft, so ist die Anordnung von Präsident Trump, die berüchtigte „Gefährdungsfeststellung“ der EPA aus dem Jahr 2009 zu überdenken, ein großer Wurf. Diese Feststellung besagt, dass Kohlendioxid schädlich für die öffentliche Gesundheit und das Wohlergehen ist und ist der Dreh- und Angelpunkt praktisch aller Aktivitäten der US-Regierung zum Klimawandel. Ohne diese Feststellung kommt ein Großteil des Geldflusses – die Wissenschaft und die Propaganda – zum Erliegen.

Abgeworbene Akademiker werden sich ein neues Betätigungsfeld suchen müssen.

Das gilt auch für Aktivisten-Journalisten wie Gaby Hinsliff vom Guardian:



The screenshot shows the top navigation bar of The Guardian website with the logo and 'US' indicator. Below it are menu items for News, Opinion, Sport, Culture, and Lifestyle. A secondary navigation bar lists topics like Environment, Climate crisis, Wildlife, Energy, Pollution, and Green light. The main content area features the article title 'Ten years to save the planet from mankind' by Gaby Hinsliff, a 'Politics' sub-header, and a 'This article is more than 18 years old' warning. A portrait of Gaby Hinsliff is on the right. The article text begins with 'The Stern Report will tomorrow reveal that if governments do nothing, climate change will cost more than both world wars and render swathes of the planet uninhabitable. Can the world find the will to act? Gaby Hinsliff reports'. The date 'Sat 28 Oct 2006 21.03 EDT' and a 'Share' button are at the bottom.

The Guardian US

News Opinion Sport Culture Lifestyle

Environment Climate crisis Wildlife Energy Pollution Green light

The Observer Politics

This article is more than 18 years old

Ten years to save the planet from mankind
Gaby Hinsliff



The Stern Report will tomorrow reveal that if governments do nothing, climate change will cost more than both world wars and render swathes of the planet uninhabitable. Can the world find the will to act? Gaby Hinsliff reports

Sat 28 Oct 2006 21.03 EDT

Share

Das Spiel ist aus.

[Leider wird es wohl noch dauern, bis die Medien hierzulande das

mitkriegen. Und solange das nicht der Fall ist, sehe ich weiter schwarz für unser Land und unsere Gesellschaft. A. d. Übers.]

Link:

https://electroverse.substack.com/p/utah-sets-coldest-ever-temperature?utm_campaign=email-post&r=320l0n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 17. Februar 2025 zu Climate Gate:

Peer Review als Instrument der Kontrolle

Die Climategate-E-Mail-Leaks haben das Establishment der Klimawissenschaften als das entlarvt, was es ist – ein exklusiver Club, in dem Konsens und Kontrolle über die Wahrheit herrschen.

Eine E-Mail (unten) aus dem Jahr 2004 vom Klimawissenschaftler Phil Jones an Michael „HS“ Mann macht es deutlich: Abweichende Forschung wurde aktiv unterdrückt. Hier bezieht sich Jones auf eine neue „unbequeme“ Arbeit von Ross McKittrick und Patrick Michaels (abgekürzt MM):

```
Phil Jones: Phil Jones <phil.jones@met.rdg.ac.uk>  
Phil Jones: Phil Jones <phil.jones@met.rdg.ac.uk>  
Phil Jones: Phil Jones <phil.jones@met.rdg.ac.uk>  
Phil Jones: Phil Jones 8 16:30:16 2004
```

Phil Jones,

Die andere Studie von MM ist einfach Müll – wie du wusstest. De Freitas wieder einmal. Auch Pielke verliert jede Glaubwürdigkeit, indem er auf den verrückten Finn eingeht – und zwar häufig, wie ich glaube. Ich kann nicht erkennen, dass eine dieser Studien Eingang in den nächsten IPCC-Bericht findet. Kevin Trenberth und ich selbst werden das um jeden Preis verhindern – selbst wenn wir dann umdefinieren müssten, was Peer Review eigentlich ist!

Phil Jones Phil Jones

Die ganze E-Mail steht [hier](#).

Ich empfehle Ihnen, ihn zu lesen. Es ist klar ersichtlich, dass es sich hier nicht um Wissenschaft handelt, sondern um „Clubzensur“. Der vermeintliche Goldstandard, das Peer Review, ist kaum mehr als ein Insiderspiel, bei dem unbequeme Studien auf die schwarze Liste gesetzt werden und die selbst ernannten Wächter dafür sorgen, dass nur genehmigte Darstellungen in die offiziellen IPCC-Berichte aufgenommen werden.

Link:

https://electroverse.substack.com/p/life-threatening-cold-enters-the?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email

Meldung vom 18. Februar 2025:

Der Klima-Betrug verliert seine finanzielle Basis

Die ESG-Fassade bröckelt, und das Geld fließt aus der Tür.

Einem neuen Bericht von ShareAction zufolge ist die Unterstützung für das sogenannte „verantwortungsvolle Investment“ im Jahr 2024 stark zurückgegangen: Nur 1,4 % der Aktionärsanträge wurden angenommen – ein Rückgang von 21 % im Jahr 2021.

Die weltweit größten Vermögensverwalter – BlackRock, Fidelity, State Street und Vanguard – lehnten die meisten Anträge ab, die Maßnahmen der Unternehmen in Bezug auf das Klima und andere ESG-Themen forderten. Der Bericht behauptet, dass 48 weitere Resolutionen verabschiedet worden wären, wenn diese Firmen sie unterstützt hätten, was sie jedoch nicht taten. Warum? Weil die Aktionäre aufgewacht sind – es gibt kein Geld mehr, das von irgendwoher angesogen werden kann.

Zum Beispiel Mondelez International. Eine Resolution, die Maßnahmen zum Klimaschutz forderte, scheiterte kläglich: Nur 2 von 73 Resolutionen erhielten genügend Unterstützung, um angenommen zu werden. Die Begeisterung für das Dogma der globalen Erwärmung ist verflogen und wurde durch kalte finanzielle Logik ersetzt.

ShareAction ist natürlich empört, nennt es „das schlechteste Ergebnis, das wir je gesehen haben“ und wirft den Vermögensverwaltern vor, dass sie den Unternehmen keine Maßnahmen aufzwingen. Claudia Gray, die Leiterin der Finanzforschung der Gruppe, beklagte einen „besorgniserregenden Rückzug von Ambitionen“.

Während die Finanzwelt mit Inflation und geopolitischer Instabilität zu kämpfen hat, lassen die Unternehmen die ESG-Tugendhaftigkeit zugunsten von tatsächlichem Geschäftssinn hinter sich.

Dies dürfte das Ende der ideologischen Kreuzzüge bedeuten, zumindest für die nächsten Jahrzehnte. Das große Geld zieht weiter. Die lilahaarigen, Plakate schwingenden Hippies haben zu viel Druck gemacht. Und haben verloren.

[Auch hier sehe ich unser Land isoliert, denn bei uns kann ich noch nicht erkennen, dass sie verloren haben. A. d. Übers.]

Link:

https://electroverse.substack.com/p/cold-records-begin-falling-across?utm_campaign=email-post&r=32010n&utm_source=substack&utm_medium=email

„ERNEUERBARE ENERGIEN“ : Wie Windräder das Meer vergiften*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 21. Februar 2025

=====

Dagmar Jestrzanski

Von den Rotorblättern rieseln toxische Chemikalien in riesigen Mengen ins Wasser, wo sie die Meeresfauna beträchtlich schädigen – Die schwerwiegenden Folgen werden kaum zu beheben sein.

=====

Die Meere sind ein stilles Opfer der subventionierten Geschäfte mit dem umweltschädlichen „Klimaschutz“. Bis Anfang 2023 wurden 1566 Offshore-Windkraftanlagen (OWA) in der Nord- und der Ostsee errichtet. Durch die Untersuchung von Viktoria Schmitt „Plastik in der Offshore-Windbranche – Eintragspotenziale in der deutschen Nordsee“ (Europa Regional, 26.2018/4) wurde bekannt, dass in der gesamten Wertschöpfungskette der Offshore-Windenergie (OWE) von der Fertigung bis zum Rückbau Plastik, also fossilbasierter Kunststoff, involviert ist. Bisphenol-A-haltiges Epoxidharz gelangt durch den Mikroplastikabrieb insbesondere aus den Verbundstoffen der Rotorblätter in das Meer.

Ein großes Problem ist auch die Freisetzung von Chemikalien aus den Oberflächenbeschichtungen. Bei dem Verbleib der Seekabel am Meeresboden treten zudem chemische Umweltgifte aus. Der Eintrag von Makroplastik erfolgt vor allem bei der Errichtung der Windparks auf See und bei den Transporten. Von der zunehmenden Belastung der Meeresökosysteme durch Chemikalien ist am Ende der Nahrungskette auch der Mensch betroffen. Eine große Windkraftanlage an Land mit bis zu 90 Meter langen Rotorblättern verschleudert laut dem Anwalt für Umweltrecht, Thomas Mock, jährlich mindestens 100 Kilogramm Mikroplastikpartikel in die Umgebung. Für Offshore-Anlagen liegen keine Angaben vor, doch dürfte die Menge aufgrund der Wetterbedingungen auf See noch deutlich größer sein.

Habecks schillernde Rolle

Erstmals wird zurzeit in dem europäischen Gemeinschaftsprojekt ANEMOI die Beeinträchtigung der Meeresumwelt durch OWA untersucht. Die Schadstoffe aus den Verbundmaterialien GFK und CFK (Glas- und Carbonfaser-Mischmaterialien) und aus den Beschichtungen für den Korrosionsschutz sollen identifiziert und quantifiziert werden. Das Projekt wird von der EU über das Förderprogramm „Interreg für die Nordsee“ finanziert.

In sämtlichen Verbundstoffen und Korrosionsschutzsystemen sind umweltschädliche synthetische Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) enthalten, welche die EU-Kommission im vergangenen Jahr eigentlich komplett verbieten wollte. An Land ist die Entsorgung von PFAS-haltigem Abfall auf Mülldeponien verboten, weil das Material ohne zu verrotten liegen bleibt. Gegen ein Verbot der sogenannten Ewigkeitschemikalien setzte sich vor einem Jahr, für viele überraschend, Noch-Energieminister Habeck ein. Verwundern sollte das aber nicht. Verschiedene PFAS-Klassen und -Formen sind neben Beton und den Erzen als dritte Säule der „erneuerbaren“ Energien unverzichtbar, während die Emissionen und Folgen gegenüber der breiten Öffentlichkeit totgeschwiegen werden.

Am Großprojekt ANEMOI sind die TU Braunschweig, das Helmholtz-Zentrum Hereon (Geesthacht) und das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH) beteiligt. Im Internetauftritt bekennen sich die Forscher zur OWE, die wesentlich für die Transformation zur „erneuerbaren Energie“ sei – ein obligatorisches Bekenntnis, wenn Staaten oder die EU die Mittel vergeben, was die Regel ist.

Ziel der Untersuchung sei es, die Einträge chemischer Emissionen zu reduzieren (nicht: zu beenden) und eine internationale Regulierung zum Schutz der Meeresumwelt für die Offshore-Industrie zu erarbeiten, ferner die Belastung von Fischen und Meeresfrüchten zu ermitteln. Das Ergebnis wird jahrelang auf sich warten lassen. Unterdessen geht der Ausbau der OWE weiter. Aktuell hat das BSH die nächsten Flächen für zwei OWE-Projektentwicklungen in der Nordsee freigegeben: Mit 151 und 31 Quadratkilometern sollen die Areale neuen Raum für zwei Gigawatt (GW) und 500 Megawatt (MW) Erzeugungskapazität bieten.

Im Fachmagazin „Science of the Total Environment“ veröffentlichten Wissenschaftler des AWI im Dezember das Ergebnis eines Laborexperiments, womit die Anreicherung von Metallen aus den Beschichtungen von OWA im Gewebe von Miesmuscheln belegt werden konnte. Die Forscher betonen, dass die Polymerpartikel-Emissionen durch Degradation und Oberflächenerosion aus den Beschichtungen und Kernmaterialien der Rotorblätter nicht zu unterschätzen seien: „Muschelbänke sind Lebensraum und Brutstätte für eine Vielzahl von Meerestieren. Sie sind wichtig für die Biodiversität und tragen als Filtrierer zum Erhalt der Wasserqualität bei. Die Ergebnisse zeigen, dass Offshore-Windparks neue anthropogene (menschengemachte) Belastungen für die Meeresumwelt mit sich bringen.“

Im Hinblick auf die Mehrfachnutzung in Offshore-Windparks zur Muschelzucht für den menschlichen Verzehr müssten umfassende Untersuchungen durchgeführt werden, um mögliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit sicher ausschließen zu können. Notwendig sei eine Abschätzung der Gefahr für die marine Umwelt, bevor die Pläne zum weiteren Ausbau der OWE „im Zuge der EU-weiten Transformation“ konkretisiert würden – dieser Satz steht allerdings nur in der englischsprachigen Zusammenfassung.

„Den Meeren geht es schlecht“

„Eine von der Politik kontrollierte Forschungsförderung finanziert nur solche Projekte, die der Politik dienlich sind“, kritisiert der deutsch-amerikanische Professor Gerhard Kramm, einer der profiliertesten Atmosphärenphysiker und Meteorologen weltweit. Kramm prangert die in den USA praktizierte Einschränkung der freien Forschung an. Dieselbe Situation bietet sich in Deutschland. Die bisherigen Bundesregierungen zeigten kein Interesse an grundlegenden Untersuchungen über das Ausmaß der schleichenden Umweltkatastrophe an Land und im Meer infolge des laufend vorangetriebenen Ausbaus der Wind- und Solarindustrie, weil diese infolgedessen mit einem Moratorium belegt werden müssten. So hat die Ampelregierung vor einem Jahr bei dem Haushaltskompromiss die für 2024 geplante Aufstockung der Forschungsfördermittel kassiert. Laut WWF wurde beschlossen, dass „über 785 Millionen Euro aus Auktionserlösen für Offshore-Windkraft-Lizenzen nicht wie geplant eingesetzt werden, um die negativen Auswirkungen des Offshore-Windkraftausbaus auf die Meeresumwelt abzumildern und die Fischerei umweltverträglicher zu machen“.

Zusätzliche Offshore-Windenergie verursache aber über die nächsten Jahrzehnte Schäden an der Meeresumwelt. „Nord- und Ostsee sind Lebensräume für unzählige Arten und als natürliche Kohlenstoffsinken entscheidend im Kampf gegen die Klimakrise. Doch den Meeren geht es schlecht.“ Die Gelder seien zwingend erforderlich, um den geplanten Ausbau der Windanlagen mit dem Meeresschutz „zu vereinbaren“. Fatal dabei ist, dass man zerstörte Lebensräume im Meer nicht säubern und renaturieren kann wie manch eine geschundene Landschaft.

Umweltschutz :
Die Politik stellt sich taub;
Einschlägige Untersuchungen warnen eindringlich vor den verheerenden
Wirkungen der Offshore-Anlagen

2021 veröffentlichte das Deutsche Geoforschungszentrum (GFZ) am Helmholtz-Zentrum Potsdam einen Aufsatz von Christine Eschenbach mit dem Titel „Korrosionsschutz für Offshore-Windkraft – Problem für die Umwelt?“ Die Autorin stellte fest, dass die Windenergieanlagen (WEA) ständig chemische Stoffe ins Meer und die sie umgebenden Sedimente freisetzen: Aluminium, Zink und zahlreiche andere, potentiell giftige

Schwermetalle, die vorwiegend aus dem Korrosionsschutz der Anlagen stammen.

Noch aber steht die Erforschung von chemischen Freisetzung und deren Wirkungen auf die Ökosysteme im nahen und entfernteren Umfeld von Windparks am Anfang. Allein aus den sogenannten Opferanoden, Elektroden aus unedlem Metall zum Schutz von anderen Metallen (auch in Stahlbeton) vor elektrochemischer Korrosion, würden ständig „nicht unerhebliche“ Mengen an Schwermetallen in die Umgebung freigesetzt – mehr als 80 Kilogramm Legierung pro Anlage und Jahr.

Die Autorin bezieht sich dabei auf eine Studie von Reese et al. aus dem Jahr 2020, die erstmalig bei einer umfassenden Untersuchung der anorganischen Bestandteile von verschiedenen Opferanoden 40 verschiedene Elemente festgestellt hat. Die Ergebnisse dienen als Grundlage, um zukünftig Stofffreisetzungen aus Windkraftanlagen in die Meeresumwelt nachverfolgen zu können. Im Rahmen des von 2017 bis 2023 angelegten Projekts OffChEm am Helmholtz-Zentrum Geesthacht sind die Probeentnahmen, Analysemethoden, Aus- und Bewertungsansätze weiterentwickelt worden.

„Eine bekannte Tatsache“

Dadurch soll es möglich werden, „den chemischen Eingriff, den der Ausbau der Offshore-Windenergie auch bedeutet, besser verstehen und bewerten zu können“. Jedoch deutet schon die große Anzahl der gefundenen Stoffe darauf hin, dass diese Analysen aufwendig sind, auch wegen der schwierigen Bewertung. Hinzu kommen noch die verschiedenen organischen Stoffe, die in den Beschichtungssystemen enthalten sind und über die es noch keine Informationen gibt.

Wie immer zeigen sich die politischen Entscheidungsträger von den beunruhigenden Erkenntnissen unbeeindruckt – „die Karawane zieht weiter“. Zu Hilfe eilen ihnen die regierungstreuen Medien, indem sie mit einem Dauer-Hype die Klima-Angst in der Bevölkerung wachhalten.

Eine Art Wind- und Wetteratlas für Skandinavien und Finnland hat kürzlich ein norwegisch-dänisches Autorenteam unter dem Titel „Regen-Erosionsatlas, Rotorblätter betreffend, ... für Skandinavien“ (frei übersetzt aus dem Englischen) veröffentlicht. In der Studie wurden die Niederschlagsintensität und Windgeschwindigkeiten an Orten mit Windparks im Meer und an Land über fünf Jahre modelliert. „Die Erosion der Flügelenden von WEA speziell in Regionen mit hohen Windgeschwindigkeiten und hohen Niederschlagsmengen ist eine bekannte Tatsache“, liest man.

Ergebnis: „Die Zunahme der Schäden ist abhängig von beiden Faktoren.“ Mit ihrer Handreichung für die Windbranche leistet die Wissenschaft erneut einen Beitrag zur Kapitalisierung und Ausbeutung der Natur, während das Ende mit Schrecken bereits über dem Horizont aufgetaucht ist. D.J.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 14.02.2025, S.12 ; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : **<https://www.preussische-allgemeine.de/>** ; *Hervorhebungen im Text:* EIKE-Redaktion.

=====